



Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Historisches Rathaus

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 25.04.2016

AN/0807/2016

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	10.05.2016

Azubi-Wohnheime für Köln!

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln bittet Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung des Rates am 10.05.2016 aufzunehmen.

Beschluss:

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Köln stellt gerade für Auszubildende ein großes Problem dar. Darin liegende Erschwernisse für den Kölner Ausbildungsmarkt erweisen sich mehr und mehr als Hemmschuh. Nicht nur in dem Bestreben, den Kölner Arbeitsmarkt zukunftsfähig aufzustellen, sondern insbesondere auch im Kampf gegen den Fachkräftemangel spricht sich der Rat deshalb zur Linderung der Wohnungsnot unter Auszubildenden für die Errichtung von Azubi-Wohnheimen in Köln aus.

Dazu beauftragt der Rat die Verwaltung, zusammen mit der Kölner Wirtschaft und ihren Verbänden, den Gewerkschaften, der Bundesagentur für Arbeit und weiteren interessierten Kreisen, gemeinsam die Führungsrolle zu übernehmen, um geeignete Voraussetzungen zu schaffen und die Errichtung von Azubi-Wohnheimen in Köln zu ermöglichen und voran zu bringen.

Als ein mögliches Modell soll hierfür die Gründung eines gemeinsamen Auszubildendenwerks („Azubiwerks“) geprüft werden, dessen vornehmliche Aufgabe es ist, die Bereitstellung von günstigem Wohnraum für Auszubildende zu schaffen.

Die Tätigkeit des Azubiwerks soll nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet sein. Notwendig ist jedoch eine ausreichende Sachmittel- und Kapitalausstattung, um im ersten Schritt das erste Azubi-Wohnheim errichten zu können. Eine städtische Förderung des Azubiwerks, z.B. durch die preisgünstige oder gar kostenlose Be-

reitstellung geeigneter Grundstücke ist zu prüfen. Ebenso ist eine – unmittelbare oder mittelbare – Beteiligung der Stadt Köln zu prüfen, da auch die Stadtverwaltung Ausbildungsbetrieb ist.

In den Azubi-Wohnheimen sollen den Auszubildenden Unterstützungs- und Beratungsangebote zugutekommen. Daher ist die Bereitstellung ausreichender pädagogischer Angebote für minderjährige Auszubildende wünschenswert. Soweit möglich, sollte den Jugend- und Auszubildendenvertretungen zudem ein Mitspracherecht bei der Ausgestaltung der Wohnheime eingeräumt werden.

Begründung:

In Köln bleiben jährlich zahlreiche Ausbildungsplätze unbesetzt, weil den jugendlichen Bewerbern kein erschwinglicher Wohnraum in der Nähe ihrer Ausbildungsstätte vermittelt werden kann.

Dabei ist die Stadt Köln ein beliebter Ort für Jugendliche, eine Ausbildung zu beginnen, gerade auch aufgrund der hiesigen Medienbranche. Der Mangel an bezahlbaren Wohnraum in Köln stellt für Auszubildende jedoch ein großes finanzielles Problem dar und führt so zu einem weiteren Hemmschuh im Kampf gegen den Fachkräftemangel. Diesbezüglich soll mit der Gründung eines Auszubildendenwerks („Azubiwerks“), das sich explizit um die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums für diesen Personenkreis kümmert, ein wichtiger Schritt unternommen werden, bei dieser Problematik Abhilfe zu schaffen. Ebenso soll mit dem Azubiwerk den vielen minderjährigen Auszubildenden ein pädagogisches Angebot und eine Betreuung gegeben werden. Dies lässt sich idealerweise durch die Errichtung von Wohnheimen für Auszubildende erreichen.

Das Hamburger Azubiwerk kann dafür ein Vorbild sein. Dort wurde im Jahr 2008 der Verein "Ausbildungsstart" gegründet, seit 2010 die "Stiftung Auszubildendenwerk" (gemeinnützige Realisierungsgesellschaft in der Rechtsform einer Unternehmergesellschaft). Ziel ist es, die Lebensbedingungen der Auszubildenden mit verschiedenen Projekten zu verbessern. Dessen wichtigstes Projekt ist das erste Wohnheim mit 156 Wohneinheiten für Auszubildende in Hamburg-Wandsbek, das Mitte Juli 2016 eröffnet wird. Ein weiteres soll in Harburg folgen. Darüber hinaus sorgt das Azubiwerk für weitere Unterstützungs- und Beratungsangebote. Auf diesem Wege soll auch die Attraktivität der dualen Ausbildung in Hamburg gestärkt und der Fachkräftebedarf nachhaltig gesichert werden.

Die Stadtverwaltung soll einen entsprechenden Gründungsanstoß an die Kölner Wirtschaft, die Gewerkschaften und die Bundesagentur für Arbeit geben. Insbesondere sind das Kölner Handwerk und die IHK Köln in das Projekt einzubinden.

Als Parallelbeispiel für ein Azubi-Wohnheim können die sog. Schwesternwohnheime von Krankenhäusern dienen. Oftmals befinden sich in diesen neben Wohnungen für das Krankenpflegepersonal ebenfalls günstige Wohnmöglichkeiten für Auszubildende des Krankenhauses. Auch betreibt das Kölner Studierendenwerk Wohnheime für Kölner Studierende.

Auf das Know-how städtischer Gesellschaften bei der Erfüllung der Aufgaben des Azubiwerks, insbesondere bei der Bereitstellung preiswerten Wohnraums, sollte zurückgegriffen werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin